



## ZUSAMMENFASSUNG:

Der Feind ist aus unserer politischen Welt nicht verschwunden. Das Modell der freiheitlichen Demokratie schien sich zwar am Ende des Kalten Krieges durchzusetzen - und mit ihm Frieden und Pluralismus. Dennoch darf eine Tatsache nicht verkannt werden: in den modernen Demokratien lebt eine Figur des Anderen fort, die als existentielle Bedrohung empfunden wird, und aus dem Inneren des politischen Gemeinwesens heraus ihren destruktiven Einfluss auszuüben vermag. Deutschland und Frankreich stellen keine Ausnahme dar. Der innere Feind ist in beiden Ländern präsent - sowohl als politisches Phänomen als auch als Objekt eines entsprechenden Diskurses. Er wurde nach dem 11. September 2001 wiederentdeckt, lässt sich aber auf das Ende der 1960er Jahre zurückverfolgen.

Kann jedoch die Demokratie Feinde haben und sich dabei treu bleiben? Gilt die Freund- Feind-Unterscheidung nicht eher als Reliquie des totalitären Zeitalters? Das Ziel der Dissertationsarbeit war es, Antworten aus der Perspektive der politischen Theorie zu suchen. Die Verfechter der Vernunft und der Diskussionsethik ignorieren allzu oft die Dringlichkeit dieser Fragen. Andere bevorzugen eine radikalkritische Antwort, die die liberale Demokratie als Vortäuschung, ja als Maske einer Elitenherrschaft anprangert. Ein dritter Weg ist dennoch möglich: um die politische Feindschaft im heutigen Kontext zu verstehen, muss sie als konstitutives Element der demokratischen Identität betrachtet werden. Weil sie auf dem Prüfstand steht, kann sich die Demokratie *im* Diskurs über ihre inneren Feinde offenbaren und entwickeln und nicht trotzdem. Diese Hypothese wurde anhand von deutschen und französischen Parlamentsdebatten über Innere Sicherheit, Terrorismus und Extremismus geprüft.

Erstens wurde die Frage der Bezeichnung geklärt (Erster Teil). Die Plenardebatten liefern ein Gesamtbild der Bedroh\*ng, das aus Nominierungs-, Verortungs-, Evaluierungs- und Erklärungsstrategien hervorgeht. Die Identifizierung des Feindes mündet in eine Beschreibung des gegenüberstehenden Selbst (Zweiter Teil). Aus dieser Verknüpfung zwischen Feindbild und Selbstbild heraus konnte dann ein Beitrag zur Demokratietheorie geleistet werden: die Demokratie mit dem Feind denken zu können, ohne auf die Relevanz der Kategorien und der Regimeklassifizierungen verzichten zu müssen, war das beabsichtigte Ziel der Studie (Dritter Teil).

Die Hypothese eines Zusammenhanges zwischen dem Diskurs über den Feind und der demokratischen Identität wurde schließlich auf drei verschiedenen Ebenen verifiziert. Die erste Ebene weist auf die konstitutive Wirkung von Oppositionsbeziehungen hin. Sie setzt (Gegen)Positionierungen und Grenzziehungen voraus. Obwohl die Freund-Feind-Unterscheidung eine duale Aufteilung und eine Essentialisierung der Trennungslinien suggeriert, führt die Arbeit jedoch zu folgendem Ergebnis: Die Grenzen des Wir sind im Rahmen der Demokratie zugleich vielfältig, durchlässig und unstabil. Der demokratische Diskurs über den Feind unterscheidet sich dadurch erheblich von seinem Pendant im autoritären oder totalitären System. Zweitens muss die demokratische Identität im typologischen Sinne verstanden werden. Der Umgang mit dem Feind gibt Hinweise über die Eigenschaften jener Demokratie, die auf dem Prüfstand steht, und darüber, ob sie eher als „liberal“ oder „wehrhaft“ bezeichnet werden kann. Die Bundesrepublik galt lange als Musterbeispiel einer sogenannten „Streitbarkeit“. Der Vergleich mit Frankreich relativiert aber diese Sonderstellung. Die demokratische Identität lässt sich drittens ontologisch erfassen. Der Diskurs über den Feind verrät etwas über das Wesen der Demokratie als solche, über ihre alten und neuen Dilemmas. Das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit, die Grenzen der politischen Toleranz gehören z den klassischen Fragestellungen der politischen Philosophie, die durch die Feindproblematik ein neues Gewand bekommen. Stabilität oder Abgrenzung zwischen Innen und Außen stellen andere Herausforderungen dar, die in der Arbeit erörtert werden.